

Kasten 1**Zur aktuellen US-Zollpolitik**

Die US-Handelspolitik ist in den vergangenen Jahren protektionistischer geworden. So verhängten die USA im März 2018 sektorale Importzölle von 25% auf Stahl und 10% auf Aluminium, die ab Juni 2018 auch für die EU galten. Zur Begründung wurde die nationale Sicherheit angeführt. Im Handelskonflikt mit China erhob die Trump-Regierung zudem ab Sommer 2018 Strafzölle von bis zu 25% auf Waren im Wert von rund 370 Mrd. Dollar, worauf China mit Zöllen auf US-Waren im Umfang von etwa 110 Mrd. Dollar reagierte. Auch andere Handelspartner verhängten Vergeltungszölle – allerdings meist symbolischer Natur. Die EU etwa belegte Whiskey und Motorräder von Harley-Davidson mit Strafzöllen. Der amerikanische Präsident drohte während seiner ersten Amtszeit mehrfach mit weitergehenden Zöllen (beispielsweise 25% auf europäische Automobile) und nutzte diese Drohungen als Druckmittel in Verhandlungen, setzte sie aber letztlich nicht um. Dennoch verdoppelte sich der durchschnittliche US-Zollsatz im Zeitraum 2017 bis 2021 auf knapp 3%. Der durchschnittliche Zollsatz für chinesische Güter stieg im gleichen Zeitraum von 2,5% auf über 19%.

Unter der ab Anfang 2021 amtierenden Biden-Administration wurden einige Maßnahmen gelockert, ohne die protektionistische Handelspolitik grundlegend zu revidieren. So wurden die US-Zölle auf EU-Stahl und -Aluminium Ende 2021 durch mengenbeschränkte zollfreie Importquoten ersetzt. Für andere Partner und für China blieben die US-Zölle im Wesentlichen in Kraft. Insbesondere die Strafzölle auf chinesische Importe wurden nicht aufgehoben, und auch die sektoralen Stahl- und Aluminiumzölle blieben für die meisten Länder bestehen.

Seit Januar 2025 verschärfte sich die US-Handelspolitik nochmals erheblich. Die Annahme dabei ist, dass Länder mit hohen Überschüssen im bilateralen Handel der amerikanischen Wirtschaft schaden. Am 2. April 2025 („Liberation Day“) wurde ein nationaler Handelsnotstand erklärt und ein massives Zollpaket angekündigt. Dieses sah vor, ab dem 5. April einen allgemeinen Zollsatz von 10% auf nahezu alle Importe zu erheben. Ab dem 9. April sollten zusätzlich länderspezifische „reziproke“ Zölle, die für betroffene Länder anstelle des allgemeinen Satzes gelten, in Kraft treten. Die Höhe des Aufschlags sollte der Hälfte des bilateralen Handelsbilanzdefizits in Relation zum Wert der US-Importe aus dem jeweiligen Land entsprechen. Grundidee ist, dass die so berechnete Zollveränderung zu einem Ausgleich von Exporten und Importen im Handel mit dem Partnerland führen soll.

Die länderspezifischen Zuschläge lagen demnach zwischen 11% und 50%. Die höchsten Sätze entfallen auf Länder Südostasiens (z. B. Laos 48%, Kambodscha 49%). Für die EU ergibt sich ein Satz von 20%, für die Schweiz ein Satz von 31%. Diese länderbezogenen Zölle addieren sich auf die regulären Meistbegünstigungszölle (MFN „Most Favoured Nation“) der Welthandelsorganisation (WTO), die für die USA z.B. 2,5% für Automobile betragen. Für von reziproken Zöllen nicht betroffene Länder gilt die Summe aus 10% Basiszoll und MFN-Zöllen. Bestehende sektorale Zölle ersetzen den jeweils geltenden Basiszoll/ reziproken Zoll. Ende März wurde zudem ein sektoraler Zoll von 25% auf Automobilimporte verhängt. Dieser gilt zusätzlich zum MFN-Kfz-Zollsatz von 2,5%, was zusammen einen US-Zoll von 27,5% auf europäische Pkw bedeutete. Darüber hinaus verdoppelte die US-Administration die bestehenden sektoralen Stahl- und Aluminiumzölle auf 50% für nahezu alle Länder (ausgenommen Großbritannien).

Die Ankündigung der umfassenden Zölle Anfang April 2025 führte an den Finanzmärkten zunächst zu Unruhe. Globale Aktienindizes gaben deutlich nach. Der US-amerikanische Dow Jones verlor in zwei Tagen rund 6% an Wert, der deutsche DAX etwa 3%. Daraufhin setzte das Weiße Haus die Einführung der länderspezifischen Zölle vorläufig für 90 Tage aus. Diese Frist sollte genutzt werden, um individuelle Abkommen mit den USA auszuhandeln und die reziproken Zölle obsolet zu machen. Eine Ausnahme galt für China, für das kein Aufschub in Kraft trat. Bis Ende Juli 2025 erzielten acht Handelspartner entsprechende Vereinbarungen – darunter das Vereinigte Königreich, Japan, Südkorea, Vietnam, die Philippinen, Indonesien sowie die EU. Mit China wurde lediglich ein temporärer „Waffenstillstand“ im Zollstreit vereinbart. Für Kanada und Mexiko galt das im Jahr 2020 ausgehandelte USMCA-Abkommen^{K1}, wobei allerdings für nicht-USMCA konforme Güter für Kanada 35% und für Mexiko 25% Zölle in Kraft traten. Für alle übrigen Staaten wurden die reziproken Zölle zum 7. August 2025 wirksam.

^{K1} United States-Mexico-Canada Agreement.

Seit August 2025 gilt im US-Handel ein mehrstufiges Zollsystem (vgl. Tabelle K1): Die Grundlage bilden die regulären MFN-Zollsätze. Darauf werden, außer für Länder mit Sonderabkommen, die neuen reziproken Aufschläge addiert. Darüber hinaus gelten weiterhin die sektoralen Schutzzölle (z. B. 50% auf Stahl, Aluminium, Kupfer und 25% auf Kfz), die bei den jeweils betroffenen Waren anstelle des Basis- bzw. reziproken Zollsatzes treten. Bilaterale Abkommen können diese allgemeinen Bestimmungen ersetzen. So enthält der im Mai 2025 vereinbarte Economic Prosperity Deal zwischen den USA und Großbritannien Sonderregeln wie Zollsenkungen und Quoten im Stahl- und Aluminiumhandel.

Tabelle K1

Erhöhte US-Zollsätze ad valorem, Stand 3. September 2025

Land	generell	Autos und Autoteile	Stahl, Aluminium	Halbleiter, Pharmazeutika, kritische Mineralien
Kanada	0% auf USMCA-konforme Güter 35% auf nicht-USMCA-konforme Güter	25% sektoraler Zoll + 2,5% MFN-Zoll	50% sektoraler Zoll + MFN-Zollsatz	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen
Mexiko	0% auf USMCA-konforme Güter 25% auf nicht-USMCA-konforme Güter	25% sektoraler Zoll + 2,5% MFN-Zoll	50% sektoraler Zoll + MFN-Zollsatz	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen
China	30% + zusätzliche Strafzölle (z. B. 100% auf electric vehicles, 50% auf Solarzellen) + MFN-Zölle	47,5% + bis zu 25% Strafzoll	70% + MFN-Zoll + Strafzölle	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen
EU	15% US-EU trade deal Zoll	15% US-EU trade deal Zoll	50% sektoraler Zoll + MFN-Zoll (zusätzliche Verhandlungen vorgesehen)	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen
Indien	50%	75% + MFN-Zoll	100% + MFN-Zoll	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen
Großbritannien	10% UK US trade deal Zoll	10 % für die ersten 100 000 importierten Kfz, dann 25%	25% sektoraler Zoll (UK-US trade deal Ausnahme)	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen
Schweiz	39% + MFN-Zölle	64% + MFN-Zölle	89% + MFN-Zölle	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen
andere Länder	reziproker Zollsatz oder 10% Basiszoll + potenzielle Strafzölle (Fentanyl oder andere) + MFN-Zölle	25% sektoraler Zoll + reziproker Zollsatz oder 10% Basiszoll + potenzielle Strafzölle (Fentanyl oder andere) + MFN-Zölle	50% sektoraler Zoll + reziproker Zollsatz oder 10% Basiszoll + potenzielle Strafzölle (Fentanyl oder andere) + MFN - Zölle	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen

Quellen: Meltzer, J. P.: The Impact of US Tariffs on North American Auto Manufacturing and Implications for USMCA, Mai 2025. – Angotti, J.; Fisher, C. E.; Heeren, P.; Lowell, K.; Lowell, M. J.; Rodriguez-Johnson, L.: Trump 2.0 Tariff Tracker, August 2025.

Für die EU gilt seit Ende Juli 2025 ein vorläufiges Handelsabkommen mit den USA, das am 21. August 2025 in einer gemeinsamen Erklärung präzisiert wurde. Darin verpflichtet sich die EU, sämtliche Zölle auf US-Industriegüter abzuschaffen und ausgewählten US-Agrar- und Fischereiprodukten einen vereinfachten Marktzugang zu gewähren. Im Gegenzug erheben die USA einen einheitlichen Zollsatz von 15% auf alle EU-Waren, einschließlich Automobile, K-Teile und andere Vorprodukte. Für einzelne sensible Güter (z. B. Flugzeuge, bestimmte Pharmazeutika und chemische Vorprodukte) gilt ab September lediglich der reguläre WTO-Meistbegünstigungszollsatz. Die geltenden US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte aus der EU bleiben vorerst bestehen; beide Seiten haben jedoch weitere Verhandlungen über eine mögliche kontingentbasierte Quotenlösung angekündigt. Die Erklärung enthält zudem weitreichende politische Absichtserklärungen. So kündigt die EU an, bis zum Jahr 2028 US-Energieprodukte im Wert von rund 750 Mrd. Dollar zu beziehen und mindestens 40 Mrd. Dollar in den Import von US-Halbleitern zu investieren. Die USA erwarten ergänzend zusätzliche Direktinvestitionen europäischer Unternehmen in Höhe von etwa 600 Mrd. Dollar bis zum Jahr 2028. Angesichts der derzeitigen Größenordnung der EU-Importe amerikanischer Energie in Höhe von etwa 70 Mrd. US-Dollar sowie des EU-Investitionsvolumens in den USA in Höhe von etwa 130 Mrd. US-Dollar (beides Stand 2024) erscheinen diese Zielvorgaben sehr ambitioniert. Die Vereinbarung sieht vor, dass die neuen Zollsätze rückwirkend ab dem 1. August 2025 gelten. Damit liegt der durchschnittliche US-Zollsatz gegenüber der EU bei rund 15% – ein Vielfaches höher als vor Beginn der protektionistischen Wende der US-Handelspolitik. Allerdings liegt er immer noch unter dem weltweiten durchschnittlichen US-Zollsatz, welcher 18,4% beträgt.